

Migration und Integration - Ein liberales Konzept in Stichpunkten

1. Eckpunkte

- Gesellschaft durch Vielfalt bereichert
- Fundamentale Gemeinsamkeiten unabdingbar:
 - * gute Kenntnisse der deutschen Sprache
 - * vorbehaltlose Akzeptanz FDGO und Grundwerte, darunter
 - + Gleichberechtigung von Mann und Frau
 - + Schulpflicht gilt für alle Kinder ausnahmslos
 - + Kultur/Religion rechtfertigen nie Menschenrechtsverstöße (z.B. Zwangsheirat)
- Deutschland ist seit Jahrzehnten ein Zuwanderungsland und wird es bleiben
- Ziel liberaler Integrationspolitik ist Chancengleichheit für Menschen mit Migrationshintergrund
- Betroffenen müssen sich Anforderungen der Integration zu stellen und diese aktiv unterstützen.

2. Probleme benennen

- Illegale Immigration erschwert die Akzeptanz für die legale Immigration und Integration
- Relativ hohe Kriminalitätsrate unter Zuwanderern
- Relativ hohe Sozialhilfequote bei Ausländern
- Einer gezielten Immigration in die sozialen Sicherungssysteme muss entgegen getreten werden
- Scheu, die realen Probleme der Zuwanderung offen zu benennen, weckt Verdächtigungen

3. Nachholende Integration

- Wo Integration misslingt, entstehen Parallelgesellschaften
- Bedarfsorientierte und zielgruppengerechte Angebote: Integrationskurse, Beratung, Begleitung
- Integrationsbereitschaft hängt auch vom Aufenthaltsstatus ab
- Einbürgerung ist zentrales Ziel
- Einbürgerung sollte zeremoniell feierlich gestaltet werden
- aufenthaltsrechtliche Sanktionen bei Nichtteilnahme an verpflichtenden Integrationskursen
- zukünftig reale Integrationsleistungen stärker bei Aufenthaltsrecht berücksichtigen
- Ohne Integrationsbereitschaft/deutscher Sprachkompetenz kein dauerhafter Aufenthalt

4. Kinder- und Jugendliche

- Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund nicht nur als Problemfälle behandeln
- Beherrschen der deutschen Sprache in den Fokus der gesamten Bildungslaufbahn!
- Neben deutscher Sprachkompetenz auch Förderung in Muttersprachen
- Frühkindliche Bildung ist der entscheidende Faktor für die Chancengerechtigkeit am Start.
- Kindertageseinrichtungen mit pädagogischem Auftrag müssen Integration besonders fördern
- Kinderbetreuung halbtags zwischen dem 3. Lebensjahr und Einschulung muß kostenfrei sein
- Auch Kinder, die erst im Schulalter nach Deutschland kommen, in Bildungsprozess integrieren
- Sprachstandserhebungen im Alter von vier oder fünf Jahren; ggf. gesonderter Sprachunterricht
- Ausbau von Ganztagschulen sowie Betreuung in Halbtagschulen
- Verstärkte Zusammenarbeit von Familien, Schulen, sowie Kinder- und Jugendhilfe
- Spezielle Angebote für Eltern von Migrantenkindern
- Programme zur kombinierten Sprachförderung von Eltern und Kindern

5. Arbeitswelt

- Arbeit ist ein entscheidender Integrationsfaktor
- Arbeitsmarktzugang für Zuwanderer: Hürden senken!
- Arbeitserlaubnis mit dem Aufenthaltstitel erteilen!
- Für Kinder- und Jugendliche uneingeschränkter Zugang zum Berufsbildungssystem
- Blick auf Probleme darf nicht die Leistungen und Leistungsmöglichkeiten verdrängen:
 - * Ausländer schaffen in Deutschland Arbeits- und Ausbildungsplätze und
 - * bereichern Wirtschaft, Forschung, Lehre und unsere akademische Welt
 - * Leistungen verdienen öffentliche Anerkennung; bewusst zur Vorbildfunktion einsetzen!

6. Gesundheit, Alter, Wohnen und Städtebau

- Über gesundheitliche Versorgung von Migranten nur wenige gesicherte Erkenntnisse
- Medizinische Versorgung ggf. durch zielgerichtetere Ansätze effizienter gestalten
- Pflege- und Betreuungseinrichtungen müssen sich auf wachsenden Zahl Migranten einrichten
- Insbesondere in den Großstädten Problem Ghettoisierung
- Migranten - Wohnbedarf unterscheidet sich oft von Mehrheitsgesellschaft; Wohnungsprobleme
- Stadtplanung muss Vermeidung einer ethnischen wie eine sozialen Ghettoisierung anstreben

7. Gesellschaftliche und politische Partizipation

- Sich abschottende Parallelgesellschaften sind für Zusammenleben nicht zuträglich
- Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund ist ein Schlüssel zur Integration
- Deshalb wichtig, dass Migranten z.B. in kommunalen Planungsprozessen vertreten sind
- Kommunales Wahlrecht auch für Drittstaatenangehörige
- Vorgezogener Einbürgerungsantrag als Zeichen des Integrationswillens
- Entscheidender Schritt im erfolgreichen Integrationsprozess ist die Einbürgerung
- Alle Beteiligten benötigen interkulturelle Kompetenz
- interkulturelle Öffnung der Verwaltung etc. ist Voraussetzung für erfolgreiche Arbeit

- Religionsfreiheit ist ein zentrales Grundrecht, hat aber
- Grenzen in anderen Grundrechten unserer Verfassung
- Toleranz gegenüber religiösen Überzeugungen und Praktiken endet
 - * wo die freiheitlich-demokratische Grundordnung in Frage gestellt wird
 - * Menschen anderer Religion oder Weltanschauung diskriminiert oder
 - * Grundrechte verletzt werden
- Religion keine Rechtfertigung für Gewalt, Terrorismus oder Extremismus
- Alle Religionsgemeinschaften
 - * müssen Toleranz, Transparenz und Offenheit praktizieren und
 - * die Werte des Grundgesetzes vorbehaltlos respektieren
 - * sollen sich der gesamten deutschsprachigen Bevölkerung gegenüber öffnen:
 - + Ziele und Veranstaltungen in deutscher Sprache kommunizieren
 - + Zu Predigten - sofern nicht auf Deutsch gehalten – sollte eine deutsche Übersetzung angeboten werden.
 - * müssen das deutsche Recht, insbesondere das Vereinsrecht, in allen Bereichen achten,
 - * vor allem bei der Transparenz der Willensbildung und Fragen der Finanzen
 - * sind in der Pflicht, aktiv den Integrationsprozess zu unterstützen:
 - + selbstgewählte Abschottung ist nicht akzeptabel



im Deutschen Bundestag

- + Öffnung zum Dialog und
- + erkennbarer aktiver Einsatz für volle gesellschaftliche Integration unabdingbar
- + Dementsprechend eine Dialogbereitschaft der traditionell in Deutschland vertretenen Religionsgemeinschaften erforderlich
- Islamischer Religionsunterricht:
 - * in deutscher Sprache, sofern noch Religionsunterricht an staatlichen Schulen,
 - * muss ein dem Wertesystem des Grundgesetzes entsprechendes Religionsverständnis fördern
 - * Religionslehrer sollen grundsätzlich in Deutschland ausgebildet werden
 - * Einrichtung von Lehrstühlen für islamische Theologie in Deutschland erforderlich
- Gegen Diskriminierung sind nationale rechtliche Regelungen wichtig.
- Es wird sich aber nicht alles gesetzlich umfassend regeln lassen
- Vielfalt und Unterschiedlichkeit mit der verbindlichen Werteordnung des Grundgesetzes